

**Interpellation CVP-GLP-Fraktion:
«Extremismus verhindern**

Der Neonazi-Anlass in Unterwasser vom 15. Oktober und der Pnos-Anlass in Kaltbrunn vom 22. Oktober haben nicht nur die Bevölkerung schockiert, sondern auch die Behörden völlig überrascht. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso solche Anlässe ohne Kenntnis von Vermietern der Infrastrukturen sowie Behörden und Sicherheitskräften durchgeführt werden konnten. Offenbar hat der Nachrichtenfluss zwischen Kanton, Gemeinden und Sicherheitskräften nicht funktioniert.

Die Vorfälle zeigen, dass das rechtsradikale Gedankengut nicht nur in den umliegenden Ländern sehr verbreitet ist, sondern auch in der Schweiz eine grosse Anhängerschaft hat. Glücklicherweise eskalierten beide Anlässe nicht. Mit aller Schärfe ist zu verurteilen, dass die grösstenteils ausländischen Neonazis unsere Gastfreundschaft für solche Anlässe missbrauchen. Die beiden Anlässe haben zu einem riesigen medialen Echo geführt. Kritik an Behörden und Sicherheitskräften wurde laut. Mit einer vorschnellen und unreflektierten Schuldzuweisung an Personen und die Polizei ist die Sache nicht erledigt. Warum werden solche Veranstaltungen in unserem Land und konkret auch in unserem Kanton durchgeführt? Die CVP-GLP-Fraktion bekämpft Radikalismus von rechts und links. Solche Anlässe in unserem Land sind zu verhindern. Es besteht Handlungsbedarf.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Vorkehrungen werden auf Stufe Kanton und Gemeinde getroffen, damit die Durchführung von Anlässen mit extremistischem Hintergrund verhindert werden kann?
2. Stehen die links- und rechtsradikalen Kreise auch in unserem Kanton unter Beobachtung und sind den Behörden die Aktivitäten bekannt?
3. Wie stellt die Regierung sicher, dass Nachrichten über geplante Anlässe extremistischer Kreise schnell erfasst und rechtzeitig an die zuständigen Stellen inkl. Gemeinden weitergeleitet werden?
4. Erkennt die Regierung einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf, damit die Anlässe der links- und rechtsextremen Szene verboten werden können?»

28. November 2016

CVP-GLP-Fraktion